

Forum Atomendlager

Noch gar nichts ist klar

Ob in Nördlich Lägern ein Tiefenlager für Atommüll gebaut werden kann, ist alles andere als gewiss – ebenso wie die Frage, ob das Konzept «Vergraben und Vergessen» alternativlos ist.

Von Harald Jenny*

Auf langes Werweissen folgte am 12. September das Erdbeben: Die Nagra will den Schweizer Atommüll in Nördlich Lägern endlagern. Das ist mehr als eine Zeitenwende für die Region Zürich Nordost – seit 1989, seit den Bohrungen in Siblingen, hing das Damoklesschwert eines Tiefenlagers über der Region. Jetzt ist es weg. Dass es je zurückkehrt, beurteile ich als äusserst unwahrscheinlich: Sollte es in Nördlich Lägern nicht klappen mit dem Tiefenlager, so klappt es wohl in den beiden anderen Regionen auch nicht.

Allerdings ist der nun überall herumgereichte Slogan «Die Geologie hat gesprochen» deutlich zu kurz gegriffen. Die Geologie hat überhaupt nichts gesagt! Gesprochen hat die Nagra, und dies in einer 80-seitigen Hochglanzbroschüre, welche mit einigen stark verkürzten Erkenntnissen dem nicht eingeweihten Bürger glaubhaft machen will, dass nun alles klar, der Weg geebnet und das Endlager unabwendbar in Nördlich Lägern beschlossene Sache sei. Mit dieser Broschüre ist die Nagra weit hinter ihrem Versprechen zurückgeblieben, dieses Jahr eine fundierte Sachanalyse zu präsentieren, welche die Fachgruppen der Regionalkonferenzen befriedigen könnte.

Die Regionalkonferenzen Jura Ost und Zürich Nordost springen nun auf diesen Vereinfachungszug auf und lösen sich Hals über Kopf auf – als ob alles geklärt, alle anstehenden Fragen beantwortet und die Arbeit getan wäre.

In Tat und Wahrheit ist gar nichts klar. Nicht, ob man in Nördlich Lägern ein Tiefenlager überhaupt bauen kann. Das weiss man erst, wenn man effektiv im Untergrund angelangt ist. Nicht, ob das Konzept «Vergraben und Vergessen» der Weisheit letzter Schluss ist. Zu viele neue Technologien sind in Vorbereitung, die andere Optionen eröffnen. Rückholbarkeit ist ein Stichwort.

Selbstverständlich gefallen diese Optionen den Entsorgungspflichtigen nicht, denn sie könnten den Prozess verzögern und verteuern. Könnte der wahre Leitsatz



in den Chefetagen von Swissnuclear allenfalls wie folgt lauten: «So schnell wie möglich unter die Erde und so schnell wie möglich verschliessen» – dann muss nämlich laut Gesetz der Bund die Verantwortung übernehmen, und damit auch die Kosten für alles Weitere. Wer garantiert, dass die Nagra nicht diesem Druck nachgibt und bessere, wenn auch teurere und länger dauernde Optionen gar nicht erst anschaut? Es braucht hier dringend eine Gewaltentrennung.

Echte Partizipation muss frei sein, sich mit allen Themen auseinanderzusetzen, welche die Bevölkerung beschäftigen, ohne Scheuklappen, und darf nicht in ein Korsett geklemmt werden. Denn Fragen, die heute verdrängt werden, kommen wieder zurück – spätestens im Rahmen einer Referendumsabstimmung. Nur fliegen sie dann dem Prozess in den Medien schonungslos um die Ohren. Darum ist es besser, sie

«Die Geologie hat überhaupt nichts gesagt! Gesprochen hat die Nagra.»

heute, wo noch Zeit ist, sorgfältig anzugehen. Deshalb braucht es eine unabhängige Begleitung des Tiefenlagerprojekts. Für eine Auseinandersetzung mit den echten Themen, welche die Bevölkerung beschäftigen. Das Jahr 2023 wird dem «Unabhängigen Schweizer Begleitemium Tiefenlager» (USBT) Sichtbarkeit geben. Wenn Regionalkonferenzen verschwinden, Fragen unbearbeitet im Raum stehen bleiben und finanzielle Auflagen den Prozess dominieren, dann ist das USBT da, um ein Gegengewicht zu bilden. Denn die Bevölkerung hat ein Recht und eine Pflicht, sich mit der Frage «Was wird aus unserem Atomabfall?» auseinanderzusetzen, bevor dieser möglicherweise auf Nimmerwiedersehen im Untergrund verschwindet.

* Harald Jenny ist diplomierte Physiker und Projektleiter des «Unabhängigen Schweizer Begleitemium Tiefenlagers» (USBT)

Kommentar

Wer Wähleranteile will, muss vor allem politisieren

Nach über 30 Jahren in der SP kehrt Urs Tanner der Partei den Rücken – und will eine neue Partei gründen. Grund seien die Neuzugänge aus der ehemaligen AL und damit ein tieferer Wähleranteil für die linken Parteien. Seine neue Partei solle links-grün werden mit sozialliberalem «Jositsch-Flügel». Auf dem politischen Spektrum wohl also irgendwo zwischen SP und GLP. In den letzten zwei Wochen verliessen einige Exponenten die SP –



«Der kleine öffentliche Schlagabtausch mit Nationalrätin Martina Munz war nicht hilfreich.»

auch weil sie manchen Betroffenen «zu sehr nach links gerutscht» sei. Tanner könnte mit seinem «liberalen Jositsch-Flügel» den einen oder anderen dieser Ex-SPLer abholen. Nicht auszuschliessen, dass die zukünftige links-grüne Alternative zur SP bald erste prominente Mitglieder erhält. Die Partei solle ein Potenzial haben von 10 Prozent Wähleranteil, schreibt Tanner – diesen Anteil hatte die AL bei den Grosse Stadtratswahlen 2020. Er will also die Anteile für die Linke zurückgewinnen. Die 10 Prozent dürften somit aber nicht auf Kosten der SP gehen. Der kleine öffentliche Schlagabtausch mit Nationalrätin Martina Munz war dahingehend nicht unbedingt hilfreich. Der «SPexit» generierte aber immerhin grosse Aufmerksamkeit. Nur, um die Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, muss man in erster Linie politisieren. Tanner hat sich dies für das neue Jahr auch vorgenommen. Doch wie viel Zeit bleibt dafür, wenn man eine neue Partei zuerst gründen und dann vor allem am Leben halten will?

Leserbriefe

Das grosse Potenzial von Schaffhausen nutzen

Zu Artikel «Der Sommer am Rheinufer soll ruhiger werden», SN vom 22. Dezember

Schaffhausen ist eine lebenswerte Stadt mit ungemein viel Potenzial. Unsere Stadt besitzt mit dem Rheinufer eine der schönsten Promenaden der Schweiz. Man spürt an jedem warmen Sommertag, wie es Familien, junge Erwachsene, Kinder und Senioren an den Rhein zieht. Mit der «Rhykantone» bietet sich seit Kurzem die sehnlichst gewünschte Möglichkeit, in Rheinnähe Sommerabende zu geniessen und ab und an ein Konzert zu besuchen. Man dürfte meinen, dass die steigende Lebensqualität in Schaffhausen alle erfreuen würde. Falsch gedacht. Ständig beklagen sich ein paar wenige Anwohnerinnen und Anwohner. Es sei zu laut, zu viele Veranstaltungen finden statt, zu viele Junge tummeln sich herum. Man könnte fast meinen, Ihnen gehört das Rheinufer. Der Stadtrat unterstützt diese egoistische Haltung noch und möchte den nächsten Sommer wieder zurück auf Sparflamme drehen. Der Wunsch vieler Schaffhauserinnen und Schaffhauser nach mehr Leben am Rhein verkennt er dabei völlig. Der Stadtrat sollte als Ermöglicher auftreten, statt Schaffhausen bei seiner Entfaltung Steine in den Weg zu legen. Das grosse Potenzial von Schaffhausen

soll ausgeschöpft und nicht unterdrückt werden. Man muss sich schon fragen, wo man seine Freizeit und Wochenenden verbringen darf, wenn nicht an den schönen Orten in der Stadt. Schliesslich können wir uns es nicht aussuchen, wo der Rhein fliesst und sich die schönen Promenaden der Stadt befinden. Die Anwohnerinnen und Anwohner täten gut daran, ihr Privileg dieser schönen Lage zu teilen, anstatt zu privatisieren! Wenn der Stadtrat so weitermacht, ist es nicht verwunderlich, wenn es die aktiven und lebensfrohen Menschen in andere Städte treibt und auch die heimischen Gastronomen sich eine andere Stadt für ihr Restaurant oder Café suchen.

Estefano Mesonero
Schaffhausen

Badipreise: Direkte Subventionen wären zielführender

Zu Artikel «Stadtrat prüft niedrigere Badipreise», SN vom 21. Dezember

Als regelmässiger Besucher und Dauerabonnent der KSS nehme ich immer wieder mit Interesse von den Vorstößen Kenntnis, den Eintritt in die Badis günstiger (oder sogar gratis) anzubieten. Die bürgerlichen Parteien monieren, dass die Stadt nicht Auswärtige subventionieren will. Auf der anderen

Seite kann man bei Einzeleintritten schlecht kontrollieren, wer aus der Stadt ist. Zielführender wäre somit eine direkte Subvention der Jahres- und Saisonabos, allerdings nur für die Bewohner der Stadt. Und zwar inklusive Erwachsener, denn Kinder benötigen auch erwachsene Begleitpersonen. Im Gegenzug könnte die KSS die Abopreise leicht erhöhen. Am Beispiel eines Erwachsenenabos für Hallen- und Freibad könnte dies dann folgendermassen aussehen: Der jetzige Preis beträgt 270 Franken pro Jahr, dieser könnte auf 320 Franken erhöht werden. Die Stadt könnte im Gegenzug 100 Franken für ihre Bewohner subventionieren, sodass dann das Jahresabonnement für Stadtbewohner nur noch 220 Franken kosten würde. Nach diesem Schlüssel würde ein Kinderabo sogar nur 90 Franken kosten. Der Vorteil wäre, dass die KSS (und andere Badis) Mehreinnahmen generieren könnten. Diese, wie auch die Mehreinnahmen der seit rund zwei Jahren erhobenen Parkgebühr, sollten dann aber auch zweckgebunden eingesetzt werden. Und zwar, um die städtischen Vereine zu unterstützen, in dem die horrenden Mieten für Wasser- und Eisfläche, welche die verschiedenen Vereine stark belasten, entsprechend gesenkt werden. So würde die Stadt gezielt die städtische Bevölkerung, wie auch die städtischen Vereine fördern.

Marcel Oberholzer
Schaffhausen

Pressestimmen Zum Ukraine-Krieg



«Am meisten hat der Krieg Russland selbst geschadet. Moskau hat alles, was es mit Diplomatie hätte erreichen können, verloren. Wegen des Krieges haben sich Russlands Schwächen offenbart. Sollte der Krieg so weitergehen wie bisher, ist es fraglich, ob Russland die derzeit kontrollierten Gebiete in der Ukraine überhaupt halten kann. Die USA gehören zu den eindeutigen Gewinnern des Krieges, Amerika ist jetzt noch stärker als vorher. Und die Geschäfte der Waffenindustrie laufen glänzend. Die Türkei hat strategisch an Bedeutung gewonnen.» («Karar»)



«Kiew muss nicht nur für die Dauer der aktuellen Feindseligkeiten gut gerüstet sein, sondern auch nach der Aushandlung eines Waffenstillstands. Schlagkräftige Waffen, gut funktionierende Sicherheitsbehörden und internationale Garantien sind notwendig, um nicht nur den aktuellen Krieg zu beenden, sondern auch den nächsten zu verhindern. Auch wenn die Ukraine der EU und NATO beitreten sollte, wird sie dennoch ein Frontstaat bleiben, während Russland weiterhin revanchistische Ambitionen hegen könnte.» («Krytyka»)



«Russland und der Westen bezichtigen sich gegenseitig, nicht wirklich dialogbereit zu sein. Kiew hat einen Friedensgipfel unter der Ägide der UNO vorgeschlagen, jedoch auch ein Kriegsverbrechertribunal als Bedingung für Friedensverhandlungen genannt. Der Kreml wiederum will die von ihm besetzten Gebiete partout nicht aufgeben. Ein erster Schritt in Richtung Frieden wäre die Einigung auf einen Fahrplan für einen Waffenstillstand. Auch sollten beide Seiten keine Vorbedingungen stellen, die für den Gegner inakzeptabel sind.» («Lianhe Zaobao»)



«Der russische Präsident Wladimir Putin bekräftigte erneut seine Bereitschaft, über ein Ende des Krieges zu verhandeln. Aber nicht mit Kiew, sondern mit allen an diesem Prozess Beteiligten». Inzwischen traditioneller Weise für sich selbst und alle seine Mitarbeiter im Kreml spricht er der Ukraine die staatliche Souveränität ab. Kein Vertreter der russischen Führung in Moskau verliert auch nur ein Wort darüber, dass Russland der Aggressor war, dass der Westen Kiew nur zur Hilfe kam.» («Rzeczpospolita»)